



*Jahreshauptversammlung
der Jusos Nürnberg 2022*

Antragsbuch

A1 Frankenschnellweg Neu überdenken - städtische Verkehrspolitik neu denken

Antragsteller*innen: Anil Altun

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, JHV SPD Nürnberg

Antrag:

Wir fordern die SPD Nürnberg auf, die Diskussion über unsere Position zum geplanten Ausbau des Frankenschnellwegs ergebnisoffen neu anzustoßen. Dazu muss:

1. die SPD Nürnberg darauf hinwirken, dass die SPD-Stadtratsfraktion sich ausführlich mit den alternativen Ideen zum geplanten Frankenschnellwegausbau ergebnisoffen und unter Einbeziehung der betroffenen Bürgervereine und Stadtteilinitiativen befasst und hierzu eine öffentliche Veranstaltung organisiert.
2. die SPD-Nürnberg einen Parteiausschuss einberufen, um unsere Position dazu zu klären.

Begründung:

Verkehrspolitik in Nürnberg ist immer noch stark vom Gedanken der autogerechten Stadt geprägt. Dies wird auch bei den Ausbauplänen zum Frankenschnellweg überdeutlich, welche unter dem Aspekt einer menschengerechten Stadtplanung nicht mehr zeitgemäß und mit dem so schnell wie möglich zu realisierendem Klimaschutz nicht vereinbar sind. Die Vorgaben der Klimapolitik bedingen ein Umdenken in der Verkehrspolitik.

Städte wie Amsterdam oder Kopenhagen sperren inzwischen ihre inneren Stadtbezirke größtenteils für den Autoverkehr und weiten die Flächen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen massiv aus. Letztlich geht es um die menschengerechte Verteilung des öffentlichen Raums. Die Planung einer Stadtautobahn ist jedoch eine verkehrsplanerische Idee aus den 1960iger Jahren und steht der heutigen Entwicklung komplett entgegen.

Des Weiteren würde die Trennung der Stadtteile Leonhard-Schweinau auf der einen Seite und die westliche Südstadt sowie Gostenhof auf der anderen Seite durch den geplanten Ausbau zementiert werden.

Weiter würde der Ausbau den Transitverkehr fördern. Überregionalen Verkehr durch die Stadt zu führen, war schon immer falsch und schadet den Menschen, die dort leben und dem Bild des Stadtteils.

Zusätzliche Verkehrsflächen bedeuten auch immer mehr Verkehr. Mehr Autos, mehr Abgase, mehr Lärm. Die Folge ist ein weiteres Absinken der Wohn-, Lebens- und Freizeitqualität in den besonders betroffenen Stadtteilen.

Aber auch CO₂-neutrale Autos sind, wegen ihres weiterhin unverändert großen Flächen- und Energiebedarfs, nicht die Zukunft des innerstädtischen Verkehrs. Stattdessen gilt es, ÖPNV, Rad- und Fußgänger*innenverkehr zu fördern. Gerade mit dem Mobilitätsbeschluss von Anfang 2021 hat der Stadtrat hierfür den richtigen Weg vorgezeichnet.

Für Pendler*innen ist die Schaffung von P&R Plätzen am Stadtrand sinnvoll. Auch der innerstädtische Warentransport muss künftig völlig neu aufgestellt werden. Nur ein durchdachtes City-Logistik-Konzept kann für eine Entlastung sorgen.

Ideen zur Nutzung des Frankenschnellwegs gibt es aktuell einige, beispielsweise die Entwürfe kreativer Studierender der TH Nürnberg und weiterer. Über diese Alternativen muss im Rahmen einer modernen Stadtgestaltung zwingend diskutiert werden.

A2 Solidarität mit dem selbstverwalteten Jugendzentrum P31

Antragsteller*innen: Anil Altun, Linda Reinke

Adressat*innen: JHV der Jusos Nürnberg, JHV der SPD- Nürnberg

Antrag:

Wir fordern die SPD Nürnberg, gemeinsam mit der SPD-Stadtratsfraktion, dazu auf, für das selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentrum P31 unverzüglich neue Räumlichkeiten in Nürnberg zu organisieren. Zudem solidarisieren wir uns ausdrücklich mit ihrer Arbeit.

Begründung:

„Kultur in Nürnberg ist so bunt und vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Diese Vielfalt zu unterstützen, ihr Raum und Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, sehen wir als Aufgabe städtischer Kulturpolitik.“, steht in unserem Kommunalwahlprogramm von 2020. Im Folgenden wird auch explizit die Förderung der alternativen Kulturszene mit einem besonderen Augenmerk auf die Kinder- und Jugendkultur gelegt, dies ist ebenso deutlich dem Juso-Wahlprogramm zu entnehmen.

Doch gerade in dieser alternativen Kultur- und Jugendszene deuten sich besorgniserregende Entwicklungen an, bei denen es wohl leider nicht bei Einzelfällen bleiben wird. Der aktuell akuteste Fall ist derjenige des Nürnberger Jugendzentrums P31 in Steinbühl, welches seine bisherigen Räume verlassen muss, da das Gelände von einer Investmentfirma aufgekauft wurde. Damit ist die Existenz des Jugendhauses gefährdet. Die bisherige Suche nach einer Lösung scheint erfolglos, die meisten Immobilien sind schon verkauft oder stehen kurz vor dem Abriss, und die Nürnberger Mietpreise sind nicht vereinbar mit dem schmalen Budget eines Jugendverbands. Es ist erstrebenswert und wichtig, dass das Jugendhaus in einem Stadtteil mit ähnlicher soziokultureller Struktur wieder seinen Platz findet, so zum Beispiel in Gibitzenhof, Steinbühl, Gostenhof oder Schweinau.

Die Bedeutung seiner Arbeit als emanzipatorisches selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum in der Stadt und Freiraum für junge Menschen wird bereits mit einem kurzen Blick auf seine Webseite klar. So erlernen junge Menschen hier, frei von den Zwängen des Kapitalismus sich entfalten zu können und in flachen Hierarchien Verantwortung zu übernehmen. Diese Sub- und Jugendkultur hat ihre Berechtigung im Stadtbild und dafür



stehen wir an ihrer Seite, wenn sie immer wieder auf die Straße gehen und ihren Wunsch nach einer „Kultur von unten“ bekräftigen. Im Übrigen ist hierfür nur ein Bruchteil der finanziellen Mittel notwendig, die in andere große Kulturprojekte der Hochkultur gesteckt werden. Letztlich profitiert auch die Hochkultur in Nürnberg von einer lebendigen Subkultur, und entwickelt sich weiter.

A3 Safe Space garantieren - ständiges Awarenesssteam für Nürnberg schaffen!

Antragsteller*innen: Anil Altun, Linda Reinke

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, JHV SPD- Nürnberg

Antrag:

Als Jusos Nürnberg setzen wir ab sofort ein mindestens zweiköpfiges ständiges und unabhängiges Awarenesssteam ein, um Sexismus und Diskriminierung sowie Gewalt innerhalb unseres Verbandes konsequent zu bekämpfen.

1. Gewählt wird das Awarenesssteam auf unseren Jahreshauptversammlungen bzw. Mitgliederversammlungen für die gleiche Dauer wie der Vorstand.
2. Zuvor legt die Mitgliedschaft durch Abstimmung die Anzahl der Mitglieder des Awarenesssteams auf diesen Versammlungen fest.
3. Dabei muss mindestens die Hälfte des Teams aus Frauen bestehen, und mindestens ein Mitglied muss BIPOC (Black, Indigenous and People of Colour) sein.
4. Der amtierende Vorstand darf nicht Teil des besagten Teams sein.
5. Das Awarenesssteam hat die Aufgabe, innerhalb des Verbandes für die Themen Sexismus und Diskriminierung sowie Gewalt zu sensibilisieren und schlichtend einzugreifen. Weitere Hauptaufgabe ist die vertrauliche und unvoreingenommene Beratung der betroffenen Mitglieder. Sie trifft eine Schweigepflicht. Falls es notwendig erscheint und von den Betroffenen gewünscht ist, hat das Awarenesssteam darüber hinaus die Aufgabe mit dem Vorstand über den Umgang mit den Vorfällen zu beraten sowie über erste Maßnahmen zu entscheiden (Ansprechen, Meldung des Vorfalls an den Vorstand). Soweit erforderlich, empfiehlt das Awarenesssteam dem Vorstand weitergehende Sanktionen (u.a. Hausverbot, Ausschluss von der Veranstaltung). Alternativ oder ergänzend kann das Awarenesssteam Lösungsansätze vorschlagen sowie an geeignete professionelle Hilfestellen vermitteln. Nach Abschluss dokumentiert das Awarenesssteam anonymisiert den Vorfall und berichtet an den Vorstand.
6. Das Awarenesssteam ist telefonisch und per Mail erreichbar sowie auf Veranstaltungen und Sitzungen möglichst persönlich ansprechbar, auf das Bestehen und die Mitglieder des Awarenesssteams ist stets hinzuweisen. Die Kontaktdaten sind in geeigneter Weise öffentlich zu machen. Bei großen Veranstaltungen kann das Awarenesssteam durch weitere Unterstützer*innen einmalig ergänzt werden, welche von der Veranstaltung gewählt werden.

Begründung:

Das Awarenesssteam fungiert als dauerhafte Ansprechpartner für alle Genoss*innen bei innerverbandlichen Problemen mit Sexismus und Diskriminierung sowie Gewalt. Sie sollen

innerhalb des Verbandes für diese Themen sensibilisieren und betroffene Genoss*innen unterstützen. Leider haben wir auch diese Probleme innerhalb unseres Verbandes, insbesondere junge und neue Genoss*innen sehen sich damit konfrontiert, oft haben die Täter dabei Funktionen im Verband.

In solchen Situationen sich jemanden anzuvertrauen ist meist schwer und auch unangenehm. Die Hemmschwelle wird dabei durch etwaige parteipolitische Stellungen und dem Wunsch mit allen Genoss*innen wertschätzend und zielorientiert zusammenzuarbeiten zusätzlich erhöht. Dieses Problem wollen wir beheben, indem wir niedrigschwellige Anlaufstellen für Personen, die Opfer von Diskriminierung und Sexismus sowie Gewalt wurden, schaffen. Auf bestehende Weiterbildungs- und Austauschformate zum Awarenesssteam soll regelmäßig hingewiesen werden.

A4 Dachflächen von Haltestellen begrünen

Antragssteller*in: Sandra Manthey

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, JHV SPD Nürnberg

Antrag

Die Dachflächen von Haltestellen des ÖPNV der Stadt Nürnberg sollen begrünt werden, um bedrohten Insekten, v.a. den Bestäubern, mehr Raum und Nahrung in einer sonst versiegelten Umgebung zu bieten.

Begründung

Für Deutschland weist die amtliche Flächenstatistik zum Ende des Jahres 2018 51.315 Quadratkilometer (km²) Siedlungs- und Verkehrsflächen aus. Davon waren laut Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder etwa 45,1 % versiegelt. Bezogen auf die Gesamtfläche beträgt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche 14,4 % und der Anteil der versiegelten Fläche 6,5 %. Zum Ende des Jahres 1992 lag der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche noch bei 11,5 % (38.669 km²) und der Anteil der versiegelten Fläche bei 5,3 % (17.839 km²). Somit hat in den 26 Jahren von 1992 bis 2018 die Bodenversiegelung um insgesamt 4.622 km² zugenommen. Das sind im Durchschnitt 178 km² pro Jahr. Diese wachsende Versiegelung von natürlichem Raum im Zuge der Urbanisierung ist der drittgrößte Grund für das wachsende Insektensterben: Innerhalb von dreißig Jahren ist die Anzahl der Fluginsekten in Deutschland um 75 % zurück-gegangen. In den Jahren von 2008 bis 2017 ging die Artenzahl um etwa ein Drittel zurück.

Diese Entwicklung ist nicht nur für die Biodiversität unserer Umwelt alarmierend, sondern ganz konkret auch für uns Menschen. Wie im Bereich der Wildpflanzen sind auch 4 von 5 Nutzpflanzen auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung wuchs die von Bestäubern abhängige Lebensmittelerzeugung in den letzten 50 Jahren um 300%. Doch werden Lebens-mittel hauptsächlich in Monokulturen angebaut. Monokulturen bieten weder guten Lebensraum für Insekten noch eine ausgewogene

Nahrungsgrundlage. Wie beim Menschen führt auch bei Insekten einseitige Ernährung zu gesundheitlichen Defiziten. Zusätzlich dazu, dass bei Monokulturen mehr Pestizide eingesetzt werden, welche die Bestäuber schlichtweg vergiften.

Aus diesem Grund ist es erforderlich, Insekten anderweitig Raum und abwechslungsreiche, natürliche Nahrungsgrundlage zu bieten. Hierfür bieten sich in der Stadt Nürnberg Haltestellendächer an. Durch die Begrünung dieser kann man viele kleine Oasen für Insekten schaffen und so einen wichtigen Beitrag gegen das Insektensterben leisten.

Quellen:

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/boden/bodenversiegelung#bodenversiegelung-in-deutschland>;
<https://www.dw.com/de/m%C3%BCnchener-studie-best%C3%A4tigt-starkes-insektensterben-in-deutschland/a-51051311>;
<https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/insekten-und-spinnen/insektensterben/24018.html>;
<https://www.honigplus.de/blog/bienen-und-andere-bestaeuber/?cookie-state-change=1635711344298>

A5 Reform der Tötungsdelikte voranbringen

Antragsteller*innen: Leon Seeberger

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, Bezirkskonferenz Jusos Mittelfranken, Landeskonferenz Jusos Bayern, Bundeskongress Jusos, JHV SPD Nürnberg, Bezirksparteitag SPD Mittelfranken, Landesparteitag SPD Bayern, Bundesparteitag SPD

Antrag:

Die Tötungsdelikte (§§ 211-213, 57a StGB) sollen modernisiert werden. Als Grundlage hierfür soll sich am Abschlussbericht der Expertengruppe zur Reform der Tötungsdelikte¹ (2015, für das Justizministerium noch unter Heiko Maas) orientiert werden.

Maßgeblich sind insbesondere eine endgültige Abkehr von der der nationalsozialistischen Ideologie entspringenden Unterscheidung von Tätertypen „Mörder“ und „Totschläger“, die Neustrukturierung des systematischen Verhältnisses unter Aufgabe der Selbstständigkeit der einzelnen Tötungsdelikte, und eine klarstellende gesetzliche Präzisierung der Voraussetzungen einer höchststrafwürdigen vorsätzlichen Tötung.

¹https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/News/Artikel/Abschlussbericht_Experten_Toetungsdelikte.pdf

Begründung:

Die Tötungsdelikte des StGB bedürfen dringend einer Modernisierung. Zunächst einmal orientieren sich die § 211 StGB (Mord) und § 212 StGB (Totschlag) in ihrem Wortlaut an der normativen Tätertypologie des Nationalsozialismus. Die Unterscheidung des „Menschenschlags Mörder und Totschläger“ die im Gesetzestext (§ 211 StGB: „Mörder ist wer...“ / § 212 StGB: „... wird als Totschläger verurteilt“) auf Wortebene zugrunde gelegt wird, widerspricht grundsätzlich unserem modernen Rechtsverständnis. Wir bestrafen keine bestimmten pseudo-biologisch hergeleiteten Personengruppen, sondern Individuen aufgrund ihrer Handlungen.

Sehr umstritten ist heute das systematische Verhältnis der §§ 211 und 212 StGB. Während die Rechtsprechung von zwei selbstständigen und voneinander unabhängigen Delikten mit unterschiedlichem Unrechtsgehalt ausgeht, erkennt die wissenschaftliche Literatur vielmehr ein Stufenverhältnis zwischen ihnen. Auch die Expertengruppe zur Reform der Tötungsdelikte sprach sich mit deutlicher Mehrheit für eine Abkehr vom System der Selbstständigkeit aus. Folgen hat dies in der Rechtspraxis dann, wenn mehrere Personen an einem Mord beteiligt sind, dabei aber nicht alle (dieselben) persönlichen Mordmerkmale verwirklichen. Nach der Linie der Rechtsprechung wird hier gem. § 28 I StGB nicht auf die Motive der einzelnen Personen geachtet, sondern es kommt lediglich zu einer Strafmilderung bei dem*der Teilnehmer*in, der*die selbst nicht das Mordmerkmal der Haupttäter*innen erfüllt. Wird hingegen der Mord als Qualifikation des Totschlages begriffen, kann gem. § 28 II StGB individuell nach dem erfüllten Tatbestand gegangen werden. Problematisch wird dies in Sonderfällen (der*die Teilnehmer*in erfüllt ein anderes Mordmerkmal als der*die Haupttäter*innen), nun muss die Rechtsprechung einen dogmatischen Spagat machen um im Rahmen der „Theorie der gekreuzten Mordmerkmale“ nun doch auf eine gesetzlich eigentlich vorgeschriebene Strafmilderung zu verzichten².

Nun sind dogmatisch grenzwertige Konstruktionen der Rechtsprechung nicht generell gefährlich. Im am schwersten zu bestrafendem Tatbestand des deutschen Strafwesens jedoch sind sie fehl am Platz und erschweren massiv dessen Verständlichkeit für die Allgemeinheit. Auflösen lässt sich dieser Konflikt durch eine gesetzliche Klärung der Streitfrage über die Systematik der Tötungsdelikte zugunsten eines Stufensystems.

In Sachen Verständlichkeit für die Allgemeinheit besteht die zweite, noch viel größere Schwierigkeit darin, dass aus dem reinen Wortlaut des § 211 StGB nicht klar hervorgeht, wann ein Mensch den Tatbestand des Mordes mit der Folge der lebenslangen Freiheitsstrafe

² Ausführliche Erklärung: Beer, ZJS 2017, 536. (http://www.zjs-online.com/dat/artikel/2017_5_1152.pdf)

verwirklicht. Insbesondere im Rahmen des Mordes durch Heimtücke (aber auch im Fall der sogenannten Verdeckungsabsicht), droht die Höchststrafe unverhältnismäßig auszufallen. So ist unter bestimmten Umständen die Heimtücke die „einzige Chance der Schwachen“, um sich zu wehren. Zu denken ist beispielsweise an eine misshandelte Person, deren scheinbar einziger Ausweg in der Tötung des körperlich überlegenen Gegenübers im Schlaf liegt. In solchen Fällen stellt die Heimtücke keine besondere Form des Tötens dar, sondern schlicht die einzig mögliche. Die Rechtsprechung sieht deshalb in diesen Fällen ausnahmsweise von einer lebenslangen Freiheitsstrafe ab, andere Stimmen fordern solche Situationen gar nicht mehr erst unter den Tatbestand des Mordes fallen zu lassen. In jedem Fall bedarf es einer Klärung im Gesetz selbst, die auch für interessierte Laien nachvollziehbar ist.

Der Abschlussbericht der Expertengruppe zur Reform der Tötungsdelikte stellt eine hervorragende Grundlage für die nötige Reform der Tötungsdelikte dar. Es liegt nun an uns, politisch die Umsetzung dieser Reform voranzubringen.

A6 Innenhof der Kongresshalle als historisches Mahnmal erhalten

Antragsteller*innen: Lukas Klußmann, Katrin Sattler, Leon Seeberger

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, JHV SPD Nürnberg, PA SPD Nürnberg

Antrag:

Der Innenhof der Kongresshalle soll als historisches Mahnmal erhalten und somit unbebaut bleiben.

Begründung:

Derzeit wird diskutiert, inwiefern der Innenhof der Kongresshalle für einen Interimbau des Opernhauses genutzt werden könnte. Wir lehnen diese Form der Umgestaltung und Nutzung dieses historisch bedeutungsvollen Ortes ab.

Der Innenhof der Kongresshalle verdeutlicht im Zusammenhang mit der Zeppelintribüne und des Zeppelfeldes den Größenwahn, aber auch das Scheitern des Nationalsozialismus.

Hunderttausende nationale und internationale Besucher*innen erfahren und begreifen dies jedes Jahr beim Betreten des Innenhofes der Kongresshalle. Dieser ist ein essenzieller Bestandteil der historisch-politischen Bildung und der Erinnerungskultur auf dem Reichsparteitagsgelände.

Eine Bebauung des Innenhofes mit einem Interimbau für das Opernhaus würde das Aussehen und die Wirkung der Kongresshalle und somit den Wert dieses geschichtlichen Mahnmals nachhaltig beeinträchtigen.

Für die pädagogische Arbeit, insbesondere mit jungen Menschen, und für die Vermittlung der Wirkungsweise der Methoden der Nationalsozialisten ist dieses Mahnmal jedoch unersetzbar.

Inzwischen müssen wir erleben, dass Rassismus und menschenfeindliches Denken keine Randerscheinung mehr sind. Eine rassistische, in weiten Teilen rechtsextreme Partei, sitzt aktuell im Bundestag, in allen Landtagen und im Nürnberger Stadtrat. Hierdurch trägt sie wesentlich zu der gesellschaftlichen Stimmung bei, welche Rechtsterrorist*innen zu Tat schreiten lässt und zu Anschlägen wie der NSU-Mordserie, wie den Attentaten in Halle und Hanau oder wie dem Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke motiviert. Auch Journalisten*innen, Politiker*innen und Personen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, sind vermehrt Angriffen ausgesetzt. Immer wieder finden Kundgebungen und

Demonstrationen rechter Gruppen statt und seit dem letzten Jahr müssen wir auch erleben, dass Rassist*innen mit Corona-Leugner*innen auf die Straße gehen.

In Anbetracht dieser gesellschaftlichen Entwicklung ist ein historisches Mahnmal wie die Kongresshalle umso notwendiger, um das wahre Gesicht des Rechtsextremismus zu verdeutlichen, um eine warnende Mahnung zu sein und um in Erinnerung zu rufen, wie wichtig es ist, sich für eine friedliche Gesellschaft und deutlich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit einzusetzen.

Diese Bedenken sprechen nicht gegen eine Nutzung der Räumlichkeiten innerhalb der Kongresshalle selbst, insbesondere für Kunst- und Kulturschaffende.

A7 Lösungsorientierte Klimapolitik vor Ort voranbringen

Antragsteller*innen: Leon Seeberger

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, JHV SPD Nürnberg

Antrag:

Die SPD Nürnberg setzt sich für eine lösungsorientierte Nachhaltigkeitspolitik ein. Wir stehen für konsequenten und sozial gerechten Klimaschutz und sind in unserer politischen Arbeit bestrebt, diesen auch auf kommunaler Ebene voranzubringen.

Das bedeutet insbesondere, dass wir es uns zum Ziel setzen bei klimapolitisch bedeutsamen Infrastrukturprojekten Lösungen zu finden und die Suche nach diesen zu unserem wichtigsten Anliegen in den damit verbundenen Diskussionen machen.

Begründung:

Das Eintreten für eine effektive und sozial gerechte Klimapolitik ist für uns als SPD inzwischen eigentlich eine Selbstverständlichkeit. So schreiben wir uns den Klimaschutz auf die Fahnen und ins Wahlprogramm. Als führende Kraft in der Bundesregierung wollen wir den Wandel zu einem klimaneutralen Land vorantreiben.

Doch diese Ziele sind bei uns in Nürnberg noch nicht vollständig in der sozialdemokratischen Kommunalpolitik angekommen. Ganz besonders nicht, was unsere Außendarstellung angeht. Ja, wir stehen konsequent an der Seite des Klimacamps. Ja, wir bringen im Stadtrat wertvolle Initiativen ein wie z.B. die stärkere Nutzung städtischer Gebäudedächer für Photovoltaik-Anlagen. Doch bei den großen Infrastrukturprojekten, da wo man auch einmal auf Widerstand stößt, aber eben auch da wo eine Außenwirkung geschmiedet wird, nahmen wir in der Vergangenheit plötzlich eine andere Rolle ein.

Es gibt zwei große solche Projekte in der Metropolregion: das neue ICE-Werk, und die Juraleitung. Es geht im Folgenden um unsere grundsätzliche Rolle in den damit verbundenen Diskussionen. Das ist explizit keine gezielte Kritik an den handelnden Einzelpersonen.

Es wird ein ICE-Werk in Mittelfranken brauchen, wenn wir in Zukunft tatsächlich viel stärker auf den Schienenfernverkehr setzen wollen. Ob der Standort in Fischbach hierfür der am besten geeignete gewesen wäre, ist unklar. Und das ist auch nicht der Punkt. Entscheidend ist unsere Rolle in Konflikten dieser Art. Zu Beginn äußerte sich die SPD Nürnberg sehr

sachlich und neutral: es müsse genau geprüft werden, der Anwohner*innenschutz habe Priorität und auch die Rodung von viel Bannwald sei ein Problem. Die Bahn solle sich noch nicht festlegen, sondern umfassend nach dem bestmöglichen Standort suchen. Man betonte aber auch die Bedeutung des Projekts³. Wir haben genau das getan, was gerade wir als Sozialdemokrat*innen so gut leisten können: wir waren Vermittler*innen auf der Suche nach der besten Lösung. Dann kam der Bundestagswahlkampf, die Bewohner*innen von Fischbach hatten sich inzwischen gut organisiert, und schließlich schwenkten wir um. Der Bundestagskandidat erklärte „er könne sich hier kein ICE-Werk vorstellen“⁴, und der Vorsitzende der Stadtratsfraktion sprach sich schließlich auch öffentlichkeitswirksam gegen den Standort aus⁵. Natürlich betonten wir in der Folge auch die wichtige Suche nach einer Alternative⁶ – aber die Rolle hatte sich geändert. Wir wanderten vom „Ja, am richtigen Ort!“ zum „Nein, nicht hier! (woanders gerne)“. So können wir nicht glaubwürdig als Kämpfer*innen für den Klimaschutz wahrgenommen werden. Es gilt hier in Zukunft einen viel stärkeren Fokus auf die Suche nach Lösungen zu nehmen. Diese Suche nach einem Weg den sozial gerechten Klimaschutz zu gestalten, muss unsere Erzählung sein. Nicht die Erklärung, warum etwas gerade nicht geht.

Die Abkehr von fossilen Brennstoffen zur Stromerzeugung wird dazu führen, dass wir erneuerbar gewonnene Energie in Regionen transportieren müssen, in denen weniger solche Energie erzeugt werden kann. Dazu braucht es Stromtrassen. In der Region spielt hier der geplante Ausbau der Juraleitung eine zentrale Rolle. Die Stadtratsfraktion der SPD Nürnberg kämpft massiv gegen deren aktuellen Planungsstand, bezeichnet sie als „Monstertrasse“⁷. Gerade in der Zeit des Bundestagswahlkampfs wurde in den betroffenen Stadtteilen dieses Thema bespielt. Es mag sogar richtig sein, diesen Trassenverlauf zu kritisieren. Doch wieder stellt sich die Frage nach der Rolle der Nürnberger SPD. Wir sind in dieser Debatte keine Kraft, die eine gute Lösung für die Region sucht. Wir wollen in erster Linie ein bestimmtes Projekt verhindern.

Wir müssen in der Zukunft in eine lösungsorientierte Rolle finden, und diese dann auch erfolgreich nach Außen vermitteln. Wir dürfen nicht mehr nur Anwält*innen der von Projekten betroffenen Bürger*innen sein. Wir müssen für diese und deren berechtigte Sorgen da sein –

³ <https://www.nordbayern.de/politik/neues-ice-werk-in-nurnberg-spd-will-informationen-von-der-bahn-1.10583302>

⁴ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/nuernberg-altenfurt-zweite-mahnmeile-gegen-geplantes-ice-werk,SVUtstS>

⁵ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/erster-protestzug-gegen-ice-werk-in-nuernberg-altenfurt-fischbach,SbRa8H2>

⁶ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/ice-werk-nuernberg-spd-fordert-stopp-des-raumordnungsverfahrens,Saz5GH9>

⁷ <https://spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de/detail/2021-05-27-juraleitung-geht-ins-raumordnungsverfahren/>

aber wir dürfen dabei nicht das große Ganze aus den Augen verlieren. Dann kann die Nürnberger SPD auch hier in der Region ihre klimapolitische Kraft entfalten.

A8 Preissenkung von Fernreisen der DB für nicht erwerbstätige unter 21

Antragsteller*innen: Moritz Kanitz

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, Bezirkskonferenz Jusos Mittelfranken, Landeskonferenz Jusos Bayern, Bundeskonferenz Jusos

Antrag:

Für nicht erwerbstätige unter 21 sollen Fernreisen mit der Deutschen Bahn um 50% vergünstigt werden, wenn diese innerhalb des Bundesgebietes stattfinden.

Begründung:

Das Reisen mit der Deutschen Bahn innerhalb des Bundesgebietes ist im Vergleich zum Fliegen deutlich teurer, was erschreckend ist und einen Anreiz dazu schafft, das umweltschädliche Flugzeug zu bevorzugen.

Die Deutsche Bahn soll attraktiver werden, besonders für junge Menschen, da sind sich so gut wie alle einig. Die Umsetzung ist jedoch weit entfernt von diesem Ziel. Hauptgrund die Deutsche Bahn nicht zu verwenden -besonders für junge Menschen und ganz besonders für erwerbstätige, unter 21- sind die hohen Preise von Fahrten. Eine Spontanfahrt, welche am nächsten Tag stattfinden soll, kann gerne mal mehrere Hundert Euro kosten, das ist nicht vertretbar.

Angebote, für junge Menschen, um günstiger zu fahren gibt es diese sind jedoch nicht ausreichend, um das Fahren mit der Deutschen Bahn finanziell attraktiv zu machen. Es gibt zum Beispiel die Bahn Card für junge Menschen vergünstigt, und für Jugendliche die „My Bahn Card“, die 25% Rabatt auf beschafft, und nur 9€ kostet.

Solche Angebote müssen jedoch stark ausgeweitet werden, besonders für nicht erwerbstätige unter 21. Ein geeignetes Mittel hierzu wäre zu Beispiel eine Vergünstigung von 50% für nichterwerbstätige unter 21 die kostenlos wäre, im Gegensatz zur Bahn Card 50, welche je nach Art im ermäßigten Tarif mehrere Hundert Euro kostet.

Hauptziel solle es sein die Deutsche Bahn zu modernisieren, pünktlicher zu machen und sozial gerechte Tarife zum Fahren anzubieten. Dies Gelingt nur mit einer völligen Umstrukturierung der Deutschen Bahn. Eine solche Umstrukturierung der Deutschen Bahn gelingt nur mit einer Verstaatlichung, was jedoch ein großes Ziel ist was es die nächsten Jahre zu verfolgen gilt und deshalb nicht Gegenstand dieses Antrags ist, sondern lediglich eine Anmerkung.

A9 Wiederherstellung der Vollmitgliedschaft der SPD in der Sozialistischen Internationalen

Antragssteller*in: Max Mayer

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, JHV SPD Nürnberg, Bundeskongress Jusos, Bundesparteitag SPD

Antrag:

Wir fordern das die SPD wieder Vollmitglied in der Sozialistischen Internationale wird.

Begründung:

Die Sozialistische Internationale (SI) und ihre Jugendorganisation, die International Union of Socialist Youth, leisteten und leisten einen großen Beitrag in der Vernetzung und der Zusammenarbeit Sozialistischer und Sozialdemokratischer Parteien in aller Welt, aber auch in der Hilfe und Unterstützung beim Aufbau von Schwesterparteien vor allem in der so genannten dritten Welt. Vor allem während der Präsidentschaft Willy Brandts wurde es erklärtes Ziel die Antikolonialen Befreiungsbewegungen in die SI zu integrieren und auf diesem Wege sie auf einen demokratischen Kurs zu führen.

2011 dann kam es zum Zerwürfnis zwischen der SI und vielen europäischen Mitgliedsparteien aufgrund des erst nach dem Beginn des Arabischen Frühlings erfolgten Ausschlusses der RCD aus Tunesien und der NDP aus Ägypten.

Es wurde Offensichtlich das die SI reformiert werden müsste, doch viele Europäische Mitgliedsparteien, allen voran die SPD, wollten lieber eine neue Organisation zusammen mit liberalen Parteien gründen. So kam es zur Gründung der Progressiven Allianz.

Die SPD, mitgliedsstärkste Partei und höchster Beitragszahler der SI, hätte zusammen mit den anderen Europäischen Parteien die SI reformieren können und so die wichtige Arbeit vor allem der Jugendorganisation weiter voran treiben können, entschieden sich aber lieber für die Aufspaltung zugunsten liberaler Parteien. Ein Fehler den wir hoffen rückgängig machen zu können.

A10 Bodycams der bayerischen Polizei – nicht nur zum Schutz von Polizist*innen!

Antragssteller*in: Leon Helmreich

Adressat*innen: Bezirkskonferenz Jusos Mittelfranken, Landeskonferenz Jusos Bayern

Antrag:

Wir Jusos fordern die Änderung des Art. 33 PAG dahingehend, dass offene Bild- und Tonaufnahmen mit körpernah getragenen Aufnahmegeräten (Bodycam-Aufnahmen) durch die Polizei bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang und auf Verlangen von Personen, gegen die sich polizeiliche Maßnahmen richten, durchgeführt werden müssen.

Weiterhin sollen betroffene Personen verlangen können, dass Bild- sowie Tonaufnahmen und -aufzeichnungen der Polizei für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahme auch nach 2 Monaten nicht gelöscht werden.

Begründung:

Sogenannte offene Bild- und Tonaufnahmen haben in den letzten Jahren insbesondere durch den flächendeckenden Einsatz von Bodycams eine hohe Bedeutung für die Arbeit der Polizei gewonnen. So sind auch viele bayerische Polizist*innen bereits mit derartigen Bodycams ausgestattet. Art. 33 IV PAG regelt die Anwendung dieser Bodycams für die bayerische Polizei.

Offene Bild- und Tonaufnahmen bieten einige Vorteile. Sie können in angespannten Situationen deeskalierend wirken und die Hemmschwelle für das Begehen von Straftaten erheblich erhöhen. Zudem sind die Aufnahmen oft ein wichtiges und sehr effizientes Beweismittel für die Ahndung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.

Leider liegt es momentan allein im Ermessen der eingesetzten Beamt*innen, ob und wann die Bodycam im Rahmen des Art. 33 PAG ein- und ausgeschaltet wird. Polizist*innen entscheiden somit allein ob beweiserhebliche Aufnahmen durchgeführt werden und können bei eigenem unrechtmäßigem Verhalten rechtmäßig von einer Aufnahme absehen. Dies stellt eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung zwischen der Polizei und den Bürgern dar.

Um diesem Missstand entgegenzuwirken, sind auch den Betroffenen von polizeilichen Maßnahmen Rechte bezüglich der Durchführung von Bodycamaufnahmen der Polizei zu gewähren.

Ist auf Verlangen von Personen gegen die sich polizeiliche Maßnahmen richten und bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang eine Aufnahme zu starten, kann das zur Vermeidung und Aufklärung polizeilichen Fehlverhaltens dienen.

Diese Regelungen beeinträchtigen Polizist*innen bei ihrer Arbeit nur sehr geringfügig. Bei rechtmäßigem Verhalten haben sie durch die Durchführung der Aufnahmen keine Konsequenzen zu befürchten.

Betroffene können mehr Vertrauen und Sicherheit gegenüber der Polizei gewinnen. Außerdem könnte oft schwer zu beweisendes polizeiliches Fehlverhalten besser aufgeklärt werden. Die Verpflichtung bei Anwendung von unmittelbarem Zwang eine Aufnahme durchzuführen, hilft Sachverhalte bei gewaltsamen Auseinandersetzungen klarzustellen.

Die Aufnahmen der Polizei sind nach Art. 33 Abs. 8 PAG nach 2 Monaten zu löschen, außer sie werden zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung sowie Straftaten oder zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahme, wenn eine solche Überprüfung zu erwarten steht, benötigt.

Zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahme müssen die Daten also nur weiter gespeichert werden, wenn eine solche Überprüfung zu erwarten steht. Diese Regelung überlässt die Speicherung von Bodycamaufnahmen wieder der Einschätzung der Polizei, die gerade durch die Rechtmäßigkeitsüberprüfung betroffen ist. Das Interesse die Aufnahme bei möglichem unrechtmäßigem Verhalten zu löschen ist folglich groß.

Deswegen soll in diesem Fall eine weitere Speicherung der Aufzeichnung auch nach 2 Monaten auf Verlangen einer betroffenen Person ermöglicht werden.

A11 Müllmanagement der Stadt Nürnberg verbessern

Antragssteller*innen: Sandra Manthey, Katrin Sattler

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, JHV SPD Nürnberg

Antrag:

Das Müllmanagement der Stadt Nürnberg soll mithilfe digitaler Lösungen optimiert werden, um die Sauberkeit der Stadt zu verbessern sowie die Verwendung von Ressourcen und die Belastung der Umwelt zu reduzieren.

Begründung:

Der Anblick von überquellenden Mülleimern und von Abfall, welcher sich auch auf die Bereiche um die Mülleimer herum ausbreitet, ist in Nürnberg keine Seltenheit. Dieser Zustand vermittelt nicht nur ein Gefühl mangelnder Sauberkeit an die Einwohner*innen und Besucher*innen der Stadt Nürnberg, sondern schadet auch der Umwelt. Umherfliegender Müll und Zigarettenstummel sind jedoch nicht nur in Bezug auf die Lebensqualität in der Stadt und die Belastung der Umwelt ein Problem, sondern verursachen auch durch die aufwendigen Reinigungsmaßnahmen einen enormen Ressourcenverbrauch an Strom, Wasser, Zeit und finanziellen Mitteln.

Als erster Schritt könnte beispielsweise ein Sauberkeitsgrad als Sollwert für jeden Bereich der Stadt definiert werden. Eine automatisierte Überwachung dieses Sauberkeitsgrades kann dann bei Abweichungen vom Sollwert zielgerichtetes Eingreifen ermöglichen. Des Weiteren können auf diese Weise Problemstellen ermittelt und für diese passende Lösungen gefunden werden. Eine KI-unterstützte automatische Erkennung des Füllungszustandes von Mülleimern inklusive Echtzeit-Verknüpfung zu den Einsatzfahrzeugen des Servicebetrieb öffentlicher Raum (SÖR) kann außerdem eine direkte Ansteuerung und zeitnahe Leerung voller Mülleimer ermöglichen. Die Software plant hierfür die schnellste Route, was wiederum Ressourcen schont.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung dieses Konzeptes, mithilfe digitaler Lösungen wie künstlicher Intelligenz (KI) und maschinellem Lernen die Sauberkeit einer Stadt zu verbessern und gleichzeitig Ressourcen und Umwelt zu schonen, ist die Stadt Genf.

Hier konnte mithilfe solch einer Software die Füllrate von Mülleimern um 33 % reduziert werden, da üblicherweise leerere Mülleimer seltener, und üblicherweise stark genutzte Mülleimer dafür öfter



geleert wurden. Darüber hinaus ersetzte Genf ihre Mülleimer durch Modelle, die ein „Danebenwerfen“ erschweren, sodass zweimal weniger Abfall auf dem Boden landet und der Kehraufwand somit zusätzlich verringert wird. Insgesamt spart die Stadt Genf nun mithilfe dieser Maßnahmen 20 % an Arbeitsstunden im Müllmanagement sowie eines von drei Kehrfahrzeugen.

Durch die zielgerichtete Müllentfernung, die Möglichkeit der Optimierung der Einsatzfahrzeugrouten und die Verringerung des Reinigungsaufwandes des öffentlichen Raumes kann somit die Aufenthaltsqualität in Nürnberg verbessert, die Umwelt geschont und Ressourcen eingespart werden.

A12 Energiekonzerne enteignen! Strom ist ein Grundrecht

Antragssteller*innen: Linda Reinke, Max Mayer, Sandra Manthey

Adressat*innen: JHV Jusos Nürnberg, Bezirkskonferenz Jusos Mittelfranken, Landeskonferenz Jusos Bayern, Bundeskonferenz Jusos, JHV SPD Nürnberg, Bundesparteitag SPD

Antrag:

Wir erleben in den letzten Monaten und Jahren, dass Strom immer teurer wird und die Versorgungslage sich verschlechtert, während die Energiekonzerne Milliarden Gewinne einstreichen. Gleichzeitig kommen sie ihrer Verantwortung, die Energiewende voranzutreiben nicht nach, trotz Subventionen in Milliardenhöhe. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die staatliche Energiewende voranzutreiben, fordern wir deshalb:

- die Abkehr vom liberalisierten Energiemarkt in der EU,
- die Verstaatlichung von E.ON, RWE, EnBW, Vattenfall und all ihrer Tochterkonzerne,
- die Verstaatlichung der Übertragungsnetzbetreiber Tennet TSO, 50Hertz Transmission, Amprion und TransnetBW

Begründung:

Mit den mittlerweile vier Energiepaketen seit 1996 ist die EU leider auf die alte Lüge des Neoliberalismus reingefallen - weniger staatliche Einmischung und eine Vervielfältigung des Angebots würden die Energieversorgung der Bevölkerung sichern und es zudem den Bürger*innen ermöglichen, verschiedene Anbieter zu vergleichen und so auf lange Sicht die Preise zu stabilisieren oder gar zu senken. Doch was wir seitdem vor allem in Deutschland erleben, ist ein Oligopol der "Großen Vier" - E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall -, die das Land unter sich aufgeteilt haben.

Doch die Höhe des liberalen Wahns erleben wir aktuell: Versorgungsengpässe, steigende Strompreise und eine schleppende Energiewende trotz Milliarden Subventionen. Alles, was man von den Konzernen jedoch hört, sind die Rufe nach noch mehr Unterstützung, während sie gleichzeitig Milliarden Gewinne an ihre Aktionäre auszahlen.

Wir Jusos sehen nur eine Möglichkeit, wie wir eine verlässliche Grundversorgung der Bevölkerung und gleichzeitig die Energiewende in Deutschland bewältigen können und diese heißt: Verstaatlichung der o.g. Energieunternehmen.